

Eingangsstatement

Marlene Sieck, Umweltbundesamt Dessau

Neben dem klassischen Emissionshandel eröffnet das Kyoto-Protokoll den Unterzeichnerstaaten zwei weitere Mechanismen zur Erreichung der Reduktionsziele: Joint Implementation (gemeinsame Klimaschutzprojekte zwischen Industrieländern) und Clean Development Mechanism (entsprechende Maßnahmen in Entwicklungsländern).

Den ersten Workshop zu den flexiblen Projektmechanismen Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) und ihrer Bedeutung für die Abfallwirtschaft haben wir im November 2005 im Umweltbundesamt in Dessau durchgeführt.

Eine Woche später begann eine der Kyoto-Folgekonferenzen in Montreal, die vor allem das Signal aussandte, dass die Vereinbarungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls Bestand haben werden über die erste Handelsperiode (2008-2012) hinaus.

Auch Staaten wie die USA und Australien, die das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben, werden durch die Klimarahmenkonvention in die weiteren Klimaschutzverhandlungen eingebunden.

In Montreal fand die erste Konferenz der Vertragsstaaten nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls (Februar 2005) statt.

Die Regelungen zu JI und CDM, die schon in den so genannten Marrakesh Accords im Jahr 2001 festgelegt worden waren, wurden vom Plenum gebilligt und sind somit verbindlich.

Die zunehmende Bedeutung der flexiblen Projektmechanismen zeigt sich auch daran, dass das Klimasekretariat der Vereinten Nationen in Bonn personell verstärkt wird, um die eingehenden JI- und CDM-Projektanträge zeitnah abzuarbeiten.

Besonders im CDM-Bereich ist eine starke Zunahme eingereicherter Projekte zu verzeichnen. Insgesamt sind ca. 800 Vorhaben in Vorbereitung, davon sind 210 bisher registriert.

Anfang Juni 2006 teilte das Klimasekretariat mit, dass bis 2012 Emissionsreduktionen von 1 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalenten durch CDM-Projekte realisiert werden. Das Volumen von einer Milliarde Tonnen Emissionsreduktionen entspricht in etwa den Emissionen, die in Deutschland innerhalb eines Jahres ausgestoßen werden (1015 Mio. t CO₂-Äquivalente im Jahr 2004).

Die regionale Verteilung der Projekte ist sehr unterschiedlich. Als Gastländer sind bisher vor allem China, Indien und einige Staaten in Südamerika aktiv, während es nur sehr wenige Projekte in Afrika gibt. Auch die Beteiligung der Länder, die Projekte initiieren, variiert stark. Die Niederlande sind mit 34 % vertreten, gefolgt von Großbritannien

mit 22 % und Japan mit 14 %. Nur knapp 2 % der Projekte sind auf deutsche Initiative zurückzuführen.

Durch den Transfer zukunftsorientierter Klimaschutzinvestitionen in weniger entwickelte Staaten werden mehrere positive Effekte erzielt:

1. Diese Länder erhalten Zugang zu innovativer Technologie, die die Umweltsituation vor Ort verbessert und gleichzeitig dem weltweiten Klimaschutz dient.
2. In den Industrieländern wird eine kosteneffiziente Möglichkeit zur Erreichung der Reduktionsziele eröffnet. Im zweiten Nationalen Allokationsplan (NAP 2), der die Emissionsrechte für die Periode 2008-2012 zuteilt, wird den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt, jährlich bis zu 12 % ihrer Abgabepflichten mit Zertifikaten aus JI- und CDM-Projekten zu erfüllen. Dies entspricht einem Emissionsvolumen von 60 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr bzw. 300 Mio. Tonnen für die gesamte Handelsperiode. Durch die Linking Directive (2004/101/EG vom 27.10.2004) wird die Verknüpfung der flexiblen Projektmechanismen mit dem europäischen Emissionshandelssystem hergestellt. Diese EU-Richtlinie wurde durch das Projekt-Mechanismen-Gesetz (ProMechG) im September 2005 in deutsches Recht umgesetzt.
3. Der Technologieexport kann in Deutschland Wachstum und Beschäftigung fördern und somit zeigen, dass hohe Umweltschutzstandards und eine daraus resultierende innovative Umwelttechnologiebranche wirtschaftliche Vorteile bieten.

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern wächst die Erkenntnis, dass eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung ohne eine stärkere Berücksichtigung von Umweltbelangen nicht möglich ist. Gerade in der Abfallwirtschaft hat Deutschland einen Erfahrungsvorsprung in Planung und Umsetzung innovativer Maßnahmen, der in stärkerem Maße als bisher in die Entwicklung von JI- und CDM-Projekten einfließen könnte.

Im Abfallbereich wird der größte Teil der Emissionen durch das Methan aus Deponien verursacht. Da Methan 23fach stärker klimawirksam eingestuft wird als CO₂ (IPPC 2001), können große

Mengen an Zertifikaten aus Deponiegasprojekten generiert werden mit verhältnismäßig geringen Investitionskosten.

Die Emissionsgutschriften decken bis zu 75 %, bei einzelnen Projekten bis zu 100 % der Investitionskosten, wenn z.B. eine Teilabdeckung vorhanden ist, der abgelagerte Abfall hohe biogene Anteile enthält, aufgrund hoher Kompaktierung ein geringer aerober Abbau stattfindet und günstige klimatische Bedingungen herrschen. Häufig wird das erfasste Methan nur mit einer Fackel abgebrannt, in manchen Fällen auch in einem Blockheizkraftwerk zur Erzeugung von Strom und Wärme genutzt. In letzterem Fall können zusätzliche Zertifikate generiert werden, da Strom bzw. Wärme aus fossilen Energien ersetzt wird.

Die Methodologien für Methangasprojekte sind bereits genehmigt und die Hürden bei der Projektentwicklung und -durchführung daher überschaubar.

Die Schwierigkeit besteht darin, eine verlässliche Prognose für die Gasentwicklung über einen langen Zeitraum abzugeben.

In Entwicklungsländern ist noch ein riesiges Potenzial zur Emissionsminderung im Abfallbereich vorhanden.

Für JI-Projekte innerhalb der EU sind die Möglichkeiten beschränkt, da die Maßnahmen auf Zusätzlichkeit überprüft werden, d.h. sie müssen über den gesetzlichen Standard hinausgehen. Da in der EU auch die beigetretenen Staaten der EU-10 nach einer Übergangszeit den EU-weiten gesetzlichen Standard (Acquis Communautaire) übernehmen, ist das Potenzial für kostengünstige Maßnahmen beschränkt.

Doch auch in Entwicklungs- und Schwellenländern werden zunehmend Umweltgesetze erlassen, die eventuell eine Zusätzlichkeit der Projekte ausschließen, da z.B. Methanerfassung auf Deponien vorgeschrieben wird.

In sofern gibt es Anlass über die Umsetzung weitergehender abfallwirtschaftlicher Maßnahmen im Rahmen von JI- und CDM-Projekten nachzudenken (z.B. Recyclingmaßnahmen, Kompostierung bzw. Vergärung des Bioabfalls, Behandlung in MBA oder MVA). Diese Maßnahmen sind nur zu einem geringeren Teil durch die Einnahmen aus Emissionszertifikaten zu finanzieren.

Wenn jedoch in Ballungsräumen kein Raum für Deponien vorhanden ist bzw. die gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung in Folge einer ungeordneten Abfallentsorgung unerträglich wird, können die generierbaren Zertifikate als Baustein zur Finanzierung beitragen und somit Impulse für die Umsetzung aufwendigerer abfallwirtschaftlicher Maßnahmen setzen.